

Nation und Nationalismus

Jan Bruners

Inhaltsverzeichnis

1	Begriffsbestimmung	2
1.1	Nation	2
1.2	Rasse	3
1.3	Volk	3
1.4	Nationalismus	4
1.5	Entwicklung einer politischen Gesellschaft	4
2	Europäische Nationsbildung	6
3	Die Entwicklung der europäischen Nationalstaaten	10
3.1	Frankreich	12
3.2	Belgien	14
3.3	Italien	14
3.4	Iberische Halbinsel	15
4	Die deutsche Nation	15
5	Nationskonzepte im 19. Jahrhundert	23
6	Beginn der Nationsforschung	25

1 Begriffsbestimmung

Im Westen Deutschlands war das Nationsthema bis zur Wende in der DDR 1989 nicht aktuell. Die Lösung „Wir sind das Volk!“, die während der Demonstrationen in der DDR aufkam, stellte eine Forderung nach der Souveränität der DDR-Bevölkerung als Nation dar und hatte als solche Ähnlichkeiten mit den Forderungen des dritten Standes in der französischen Revolution. Kurze Zeit später änderte sich die Parole in „Wir sind ein Volk!“. Gemeint war die gesamte deutsche Nation und gefordert wurde ein gemeinsamer deutscher Staat. Auf diese Weise wurde dem Westen die „Nation“, seit 1945 ein Problembegriff, wieder aufgezwungen. Eine neue Art der Auseinandersetzung mit der nationalen Identität war gefordert, während bisher das „nationale Bewußtsein“ immer in die Nähe von Nationalismus und Nationalsozialismus gerückt worden war. Seit der Wiedervereinigung ist Deutschland ein Nationalstaat, der erstmals sichere, anerkannte Grenzen hat.

1.1 Nation

Nation kommt aus dem Lateinischen und leitet sich von nascire (geboren werden) ab. Ursprünglich bezeichnete natio (die gleich Geborenen) eine ethnische Gemeinschaft, einen Stammesverband. Das Staatsvolk des Römischen Reiches dagegen hieß populus.

Nach der Übernahme des Begriffs in die europäischen Volkssprachen begann im späten Mittelalter seine Politisierung, d.h. die Anwendung auf die Bevölkerung eines bestimmten Gebietes oder Staates. Zunächst wurde auf den kirchlichen Konzilien nach den vier großen Nationen abgestimmt, dann begann die Geschichtsschreibung, die Bevölkerung eines Staates als Nation zu bezeichnen (allerdings meist noch auf den Adel oder die Führungsschicht bezogen). Die Repräsentanten der einzelnen Stände in den spätmittelalterlichen Ständeversammlungen bezeichneten sich als Nation und verengten den Begriff damit auf einen Bevölkerungsteil.

Im 19. Jahrhundert (ab 1789 in Frankreich) wurde er erneut auf die Gesamtheit der Bürger angewandt. Nichtstaatliche Gemeinschaften griffen allerdings auf ethnische oder kulturelle Gemeinsamkeiten zurück, um ihre politischen Forderungen nach einem gemeinsamen Nationalstaat zu legitimieren (Deutschland 1848). Die Re-Ethnisierung des Begriffs nahm in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu. Die europäischen Mächte grenzten sich als ethnisch einheitliche Nation von der Bevölkerung der Kolonien (die staatsrechtlich zur selben Nation gehörten) ab. Dieses nationale Selbstbewußtsein hatte bereits starke rassistische Tendenzen, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts schließlich zur Perversion der nationalsozialistischen Ideologie führten.

Der Begriff Nation ist heute in Deutschland ungebräuchlich, weil es seit 1933 keine nationale Souveränität und damit keinen Nationalstaat gegeben hat - nicht umsonst benutzten die Nationalsozialisten meist „Volk“ statt „Nation“.

Im Konzept dieser Vorlesung wird ein Nationsbegriff verwendet, der weitgehend mit Böckenfördes (FAZ) Standpunkt übereinstimmt. Die Nation wird verstanden als politische Interessensgemeinschaft, die ein eigenes, eindeutig bestimmtes Siedlungsterritorium besitzt (allerdings unter Umständen darüber hinausgreift, z.B. durch Kolonialismus) und sich gegenseitig die gleichen politischen Rechte gewährt. Die Inhalte und Ziele einer solchen Interessensgemeinschaft sind politische Autonomie, gemeinsame Interessen in Bezug auf das „Vaterland“ (Patriotismus) und ein gesellschaftlicher Grundkonsens über die Form des Staates, den man als politische Kultur bezeichnet. Diese politische Kultur ist nicht gleichbedeutend mit der nationalen Kultur oder der Hochkultur, die sich auf eine Kulturgemeinschaft (z.B. das christliche Abendland) bezieht. Nationen sind Entwicklungsprodukte eines Emanzipationsprozesses der Bildungsschichten, die sich über das archaische Verständnis von Gemeinschaft erheben und ein Bewußtsein für die Gemeinsamkeiten einer Nation entwickeln.

1.2 Rasse

Dieser ursprünglich biologische Begriff der Klassifikation wurde im 18. Jahrhundert durch Anthropologen wie Buffon oder Kant übernommen. Christoph Meiners verfaßte in Göttingen eine nach Rassen aufgeteilte Menschheitsgeschichte. Um 1850 prägte der Franzose Josineau den Begriff der „reinen“ und höherwertigen Rasse (gemeint waren die Weißen). Ein nach Deutschland emigrierter Engländer (Chamberlain) verband diese Vorstellung mit dem Antisemitismus und legte damit das Fundament für Hitlers Rassenwahn.

1.3 Volk

Anders als der einheitliche Nationsbegriff hat das Wort „Volk“ keine sprachlichen Entsprechungen (people, peuple). Karl-Ferdinand Werner stellt zwei historische Bedeutungsstränge heraus:

1. Masse, Menge der Bevölkerung, die Unterschichten
2. Gefolgschaft (eines Königs oder Führers), Oberschichten

Der Volksbegriff als Selbstbezeichnung wurde vom Adel fallengelassen, so daß das Volk bis zum 18. Jahrhundert die Unterschichten waren. Johann Gottfried Herder verfolgte die Bildung eines „Volksbewußtseins“ durch Besinnung auf die gemeinsame Sprache und Kultur. Später machten die Oberschichten die „Volksaufklärung“ zu ihrem Anliegen und trugen zur Wiederaufwertung des Volksbegriffes bei.

Durch die ethnische Pluralität im deutschen Reich war bis zum 19. Jahrhundert meist die Rede von den deutschen Völkern, erst spät setzt sich das deutsche Volk als Bezeichnung durch. Die Paulskirchenversammlung nannte sich „Volkshaus“, die 1860 gegründete SPD wollte einen „Volksstaat“ verwirklichen; Beispiele für die politische Komponente des Begriffs. Daneben gab es auch eine ethnische Linie, die Volk im Sinne von Stamm bzw. dem alten lateinischen *natio* verwendete. Ebenfalls

im 19. Jahrhundert setzte eine weitere Ethnisierung des Wortes ein, die zur Bezeichnung „Volksgemeinschaft“ führte und die Terminologie der Nationalsozialisten entscheidend prägte.

In der Verfassung der BRD gibt es drei verschiedene Volksbegriffe:

1. das Staatsvolk (Bürger der BRD)
2. die Deutschen (Bevölkerung der BRD und der DDR)
3. die Volksdeutschen (ethnische Definition)

Der Volksbegriff wird heute meist politisch definiert, als Staatsvolk und nicht als Ethnie mit gemeinsamen Merkmalen wie Sprache oder Religion. Während früher Volksbildung (bis auf Ausnahmen, z.B. die Schweiz) gleichbedeutend mit Ethnogenese war, d.h. der Entwicklung einer Kommunikationsgemeinschaft mit verbindenden Merkmalen, werden heute Völker meist unter Bezug auf staatliche Grenzen definiert. Vor der Entwicklung der Territorialstaaten gab es Völker, die nicht politisch organisiert waren (heute nur noch Sinti und Roma, die als konsequent unpolitisches Volk einzigartig in Europa sind).

1.4 Nationalismus

Den Begriff Nationalismus gibt es seit etwa 100 Jahren. Ende des 19. Jahrhunderts vertrat die rechte politische Bewegung Maurras in Frankreich einen „nationalism intégral“ und grenzte sich damit gegen die liberalen und linken Parteien ab. In Italien entstand im Zusammenhang mit der Kolonisierung Afrikas ein selbstbewußter Nationalismus. Deutschland entwickelte nach dem 1. Weltkrieg (Ernst Jünger) unter dem Eindruck der Niederlage einen aggressiven, gegen andere gerichteten Nationalismus. Nationalismusforschung gibt es seit den 20er Jahren in den USA, in Europa erst seit 1945. Sie umfaßt heute alle nationalen Phänomene.

Neben dem organisierten Nationalismus des 20. Jahrhunderts, der ein ethnisches, ausgrenzendes Nationsverständnis in bereits existierenden Nationalstaaten vertrat und sich also gegen die integrative Staatsidee richtete, gab es den nach außen gerichteten politischen Nationalismus, der sich vor allem gegen andere Nationen richtete, sie abwertete und die Grenzen des eigenen Nationalstaats erweitern wollte (z.B. Frankreich als „Grande Nation“, England als „Greater Britain“). Unter Nationalismus versteht man allgemein ein politisches Verhalten, daß nicht die Gleichwertigkeit aller Nationen annimmt.

1.5 Entwicklung einer politischen Gesellschaft

Geschichte als Teilbereich gibt es in allen wissenschaftlichen Fachrichtungen. Die Geschichtswissenschaft muß deshalb - um ihre Existenz zu legitimieren und einen autonomen Fachbereich auszuweisen - eine nicht fachbezogene Position zur Vergangenheit einnehmen. Als Gegenstand einer breiten

Darstellung bietet sich in neuerer Zeit die politische Geschichte an, innerhalb derer die Entwicklung der Nationen zentral ist. Damit ist die Nationsbildung auch der Kern der Geschichtswissenschaft. Dabei gilt, daß jeder Historiker auch politisch denkend ist, eine neutrale Geschichtsschreibung frei von ideologischer oder nationaler Parteinahme ist illusorisch. Die Bildung einer Nation im Sinne einer politischen Gesellschaft ist ein Übergang von einer traditionellen Gesellschaft, geprägt durch Religion, ständische Gliederung und agrarische Wirtschaftsstruktur, zu einer modernen Gemeinschaft. Den Merkmalen der „alten“ Gesellschaft entsprechend, besteht dieser Übergang aus drei parallelen Prozessen: Säkularisation, Demokratisierung/Nationalisierung und Industrialisierung.

Prof. Dann vertritt ein Konzept der politischen Moderne, daß die Entwicklung einer Nation in fünf Phasen einteilt.

Staatsbildung - Die militärische Herrschaft wird direkter, d.h. der Herrscher hat eine unmittelbare Verbindung zu den Kämpfern (im Unterschied zur mittelalterlichen „Lehenspyramide“), stehende Berufsarmee und das Söldnerwesen setzen sich durch. Die Herrschaftsrechte werden gebündelt, es bilden sich Territorialstaaten. Ein Bewußtsein der Verantwortung des Herrschers für sein „Staatsvolk“ setzt sich durch.

1. Nationsbildung - Die Bevölkerung eines Territorialstaats entwickelt ein Staatsbewußtsein. Politische Legitimierung eines Herrschers löst das Gottesgnadentum ab (prinzipiell keine neue Entwicklung). Als Antwort auf das gesteigerte Kommunikationsbedürfnis innerhalb einer Nation werden Amtssprachen gebräuchlich.
2. Demokratisierung - Auch die nicht privilegierten Schichten partizipieren an der Herrschaft. Allerdings bleiben soziale Klassenunterschiede bestehen, nicht jeder hat die Möglichkeit der politischen Einflußnahme.
3. Sozialisierung - Bewegungen für soziale Gerechtigkeit entstehen, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit werden realisiert. Die Solidargemeinschaft auf nationaler Ebene entsteht.
4. Internationale Stabilisierung - Der Staat ist auch außen unangefochten und wird von anderen Staaten als gleichberechtigt akzeptiert. Das Instrument für eine solche internationale Gleichberechtigung ist eine Organisation wie die UN, die sich allerdings noch nicht bewährt haben. Die Verwirklichung dieser letzten Phase steht also noch aus, obwohl eine ähnliche Situation in Westeuropa schon entstanden ist: ein Krieg zwischen den westeuropäischen Staaten ist heute nicht mehr denkbar, die Grenzen stehen fest.

Triebkraft dieser Entwicklungen war stets die Intelligenz, im Mittelalter repräsentiert durch die Kleriker, die als Lehrer, Forscher und Schreiber der Herrschenden arbeiteten. Im 19. Jahrhundert entwickelte sich die Schicht der Gebildeten vom Status der Dienenden zum progressiven Kern der Nation. In bestimmten Fällen (Italien) ersetzte die Intelligenz sogar eine fehlende nationale Führungsschicht.

2 Europäische Nationsbildung

Im 13. Jahrhundert erhielt Europa seine abschließende, einheitliche Gestalt. Die Nationsbildung der frühen Neuzeit vollzog sich deshalb vor einem gemeinsamen kulturellen Hintergrund. Während man in der politischen Ereignisgeschichte konkrete Daten nennen kann, sind gesellschaftliche Prozesse schwer zu datieren, um so mehr, als Nationen nur „vorgestellte Gemeinschaften“ (Benedict Anderson) sind. Die alte griechische Bezeichnung „Barbaren“ für alle Fremden, die die Römer auf die Völker nördlich der Alpen angewandt hatten, wich zurück, die Germanen wurden „europäisiert“, schließlich wurde 800 ein fränkischer König zum römischen Kaiser gekrönt. Die Ausdehnung der abendländischen Kulturgemeinschaft setzte sich fort, bis ein Mönch auf dem Konzil von Lyon 1274 sagen konnte, es gebe außer den Tartaren keine Barbaren mehr.

Die Charakteristika des einheitlichen Europa waren die christliche Religion, das Lehnswesen, die Städte und die Ständegesellschaft. Europäische „Projekte“ des Mittelalters waren das Mönchtum, die kirchlichen Universitäten (im Rückbezug auf die Antike), die Kreuzzüge, die eine Einigung der europäischen Führungsschichten bewirkten und die Kolonisierung bzw. Christianisierung. Die Unterscheidung von „nationes“ im ethnischen Sinn, die zunächst in kirchlichen Völkerlisten, dann an den Universitäten verwendet wurde, blieb lange ohne politische Bedeutung. Sie wurde nur als Einteilungsprinzip der großen europäischen Gesellschaft verwendet. Das änderte sich erst im späten Mittelalter, als Kirche und Reich in eine Krise gerieten und die Staatsbildung einsetzte.

Das Heilige Römische Reich war nach den Auseinandersetzungen mit dem Papsttum (Gang nach Canossa 1077) und Streitigkeiten um die Erbfolge (nach Heinrichs VII. Tod 1313) geschwächt. Der römischen Kirche erwuchs mit den Bettelorden ein innerkirchliches Gegenstück, das die Macht des Papstes schmälerte, und durch das große Schisma ab 1378 war das Vertrauen in die Amtskirche ebenfalls angeschlagen. Die Kirchen innerhalb der Staaten begannen, eine eigenständige Politik zu betreiben und sich von Rom abzugrenzen. Die Reformation des 16. Jahrhunderts hatte ebenfalls nationalen Charakter. Vor dem Hintergrund der geschwächten Institutionen begann die politische Modernisierung Europas und die moderne Staatsbildung. Der territoriale Verwaltungsstaat löste den mittelalterlichen Personenverbandsstaat (mit dem Lehnswesen als Herrschaftsprinzip und Landbesitz als Machtgrundlage) ab. Die neue Herrschaftsform erstreckte sich auf Land und Leute, konzentrierte die Macht beim Herrscher (und ließ dadurch die Mächtigen aus seiner Umgebung verschwinden) und war auf Dauer angelegt. Es bildeten sich Regierungssitze, Steuern wurden zentral erhoben, Fürsorge geleistet und eine Polizei aufgestellt. Der punktuell einberufene Hoftag (curia regis) des Königs entwickelte sich zu einem ständigen Hofrat, der ganz vom Herrscher abhing. Die Rechtsprechung wurde zentralisiert und vereinheitlicht, private Justiz (Fehde) wurde verboten, Rechtssicherheit versprochen. Das ritterliche Gefolge wurde durch ein stehendes Söldnerheer ersetzt. Die Städte organisierten sich und gelangten, meist mit Unterstützung des Herrschers, zu politischer Selbständigkeit gegenüber den lokalen Machthabern.

Die Staatsbildung war eine radikale Transformation des politischen Systems. Träger der neuen Ordnung waren (stärker als vorher) das Königtum, der Dienstadel (die Ministerialen), der stärker als die

Adeligen an den König gebunden war, und die Beamtenintelligenz, die den Klerus in der Umgebung des Königs ablöste. Dadurch wurde die königliche Verwaltung unabhängiger von anderen Institutionen. Die korporative Organisation der städtischen Führungsschicht war das Vorbild der neuen Verwaltungsstruktur. Außenpolitisch wichtig war vor allem die Abgrenzung gegen den römischen Zentralismus. Portugal war einer der ersten Nationalstaaten Europas: es erklärte den Dialekt Porto zur Amtssprache und rüstete eine eigene Flotte aus.

Die gesellschaftliche Antwort auf die politische Umstellung war die Nationsbildung. Die Führungsschichten entwickelten ein Gemeinschafts- und Landesbewußtsein. Während für die Ministerialen der König Hauptbezugspunkt war, besann sich der Adel auf seine eigene Schicht als Nation. Der ethnisch besetzte Nationsbegriff wurde politisiert und zum Synonym für die Staatsbevölkerung. Außer den Führungsschichten hatte auch das (privilegierte) Stadtbürgertum ein korporatives Bewußtsein. Auch die Sprache innerhalb einer Nation wurde vereinheitlicht: die regionalen Sprachunterschiede wurden zu sozialen.

Eine neue Grundvorstellung von politischer Gemeinschaft setzte sich - im Rückgriff auf die römische *communitas* - durch: ein Verband Gleichgestellter statt hierarchischer Abhängigkeit. Diese Alternative zur traditionellen Vorstellung blieb allerdings auf die literaten Schichten beschränkt und wurde auch nur punktuell verwirklicht, z.B. in den Parlamenten des Adels (Reichsstände) und durch die Durchsetzung politischer Rechtsbegriffe gegenüber dem König (Goldene Bulle). In der frühen Moderne entstand ein duales Herrschaftssystem aus König und Ständen bzw. Adel. Die frühmoderne Nation bleibt nach wie vor ständisch gegliedert. Träger der Gemeinschaft waren in den europäischen Ländern das Königtum (Frankreich, Portugal), das Königtum in Verbindung mit der ständischen Nation (England, Schweden) oder die ständische Nation (Polen, Deutsches Reich).

Im Absolutismus wurden die Stände durch den Herrscher verdrängt und der nationale Charakter dadurch problematisch, weil die Verkörperung einer Nation durch eine Person unmöglich ist. Im deutschen Reich dagegen war das Königtum zu schwach, um sich gegen eigene Staatsbildung durch die Kurfürsten und die freien Reichsstädte durchzusetzen. Eine nationale Kultur konnte sich wegen der multiethnischen Bevölkerung nicht entwickeln. Die Reformation brachte zusätzlich eine Spaltung der Reichsnation und eine konfessionelle „Säuberung“ der Territorialstaaten.

Der dritte Bestandteil der Modernisierung Europas war die Ideologiebildung, die eng mit der Nationsbildung zusammenhängt. Im Protonationalismus (ein in der spanischen Historiographie häufig verwendeter und nicht negativ besetzter Begriff) zeigten sich schon während des 14. Jahrhunderts die Phänomene von Ausgrenzung und Feindschaft gegenüber anderen Nationen. Die Abgrenzung ist allerdings zum Teil ein natürlicher Prozeß der nationalen Identitätsbildung: während der Kreuzzüge entstand innerhalb der ethnisch gemischten Heere Konkurrenzdenken und -kampf. Nationales Bewußtsein entstand auch außerhalb der Adelsnation, z.B. im städtischen Bürgertum. Während des Hochmittelalters traten die Nationen zunehmend in den Mittelpunkt der Geschichtsschreibung.

Man betrieb Abstammungsforschung und entwickelte über die Identifikation mit antiken Völkern ein neues Selbstbewußtsein: die Italiener beriefen sich auf die Römer und die Franzosen reklamierten

das griechische Erbe. Durch die Wiederentdeckung der „Germania“ des Tacitus im 15. Jahrhundert wurden die ethnischen Wurzeln der deutschen Stämme offengelegt, woraus sich auch ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb des Reiches, das eigentlich nur ein politischer Interessensverband war, ergab. Ursprungsmythen (die Spanier betrachteten sich als Nachkommen der Westgoten) und Ursprungspersonen (Chlodwig, Arminius) sollten die eigene Nation legitimieren und überhöhen. Auch Schlachten mit nationalem Nimbus (1214 Sieg Philipps von Frankreich über England und das Reich, 1474 Sieg der schweizer Bauernheere über Karl den Kühnen) trugen zum Selbstbewußtsein als Nation bei. Bestimmte Kriege (Reconquista in Spanien, 100jähriger Krieg England / Frankreich) waren sogar nur national motiviert.

An die Stelle der ethnischen Identifikation trat die staatliche, in Frankreich wirkte z.B. die Bezeichnung Francia für ein bestimmtes Stammesterritorium namensgebend für die gesamte Bevölkerung. Der Papst bezeichnete die Bewohner des Territoriums des deutschen Reiches allgemein als Teutonices.

Für die vormodernen Frühnationen waren essentiell:

- ein Bewußtsein gemeinsamer Geschichte
- ein politischer, kein ethnischer Rahmen
- ein starkes nationales Königtum
- eine nationale Historiographie
- eine geographisch-politische Terminologie

Im tschechischen Landadel entstand im 15. Jahrhundert eine starke nationale Bewegung, der Husitismus. Das Kuttenberger Dekret verbot die deutsche Sprache an der Prager Universität (1348 als erste im Reich gegründet) und führte zu einem „Sprachkrieg“. Die Abgrenzung gegenüber anderen Völkern des Reiches war beliebig: Die Natio Teutonica bestand nach tschechischer Auffassung aus den Nationes Baiuvaria, Saxonia und Polonia. Die Hussitenheere kämpften gegen den deutschen König Sigismund und setzten ab 1458 ein nationales Königtum durch.

Häufig wurden auch nationale Argumente als Legitimation benutzt: das bourbonische Königtum verstand sich als nationale Dynastie. Im Kolonialismus (z.B. des Deutschen Ordens im Osten) zeigten sich ebenfalls nationale Elemente. Das portugiesische Königtum betrieb Seekolonisation (Heinrich der Seefahrer) und begründete sie mit einer Mischung aus nationaler und religiöser Argumentation. Durch die rassische Verschiedenheit der überlegenen Kolonisten von den unterlegenen Ureinwohnern entstanden bereits im ausgehenden Mittelalter rassistische Tendenzen.

Im 18. Jahrhundert begann die bürgerliche Nationsbildung. Nach dem Ende des 30jährigen Krieges gab es keine großen religiösen Konflikte mehr, die europäischen Staaten konnten sich politisch konsolidieren. Der Absolutismus verdrängte das Feudalsystem und die Aufklärung beendete die geistliche Hegemonie der Kirche und ersetzte sie durch eine säkularisierte, vernunftbetonte Wissenschaft.

Nationale Kulturen bildeten sich (frühes Zentrum: Leipzig) und die Volkssprachen wurden standardisiert. Durch Dampfmaschine, neue Techniken und Protoindustrialisierung veränderten sich die agrarische und gewerbliche Wirtschaft radikal. Der Träger des Wandels war die bürgerliche, nicht mehr die ständische Gesellschaft.

Innerhalb dieser Gemeinschaft (die allerdings eng auf die Spitzen des städtischen Bürgertums begrenzt war) traten ständische und berufliche Kriterien zurück. Sie war geprägt von einem relativen Geist der Toleranz und von den neuen Kommunikationsmöglichkeiten der hochsprachlichen Schriftkultur mit der Zeitung als zentralem Medium. Die soziale Mobilität erhöhte sich durch die erweiterten Bildungsmöglichkeiten und das Aufbrechen der Standesstrukturen. Die Pastoren, die im Mittelalter stets vom Bürgertum ausgenommen waren, bildeten einen wichtigen Bestandteil der gebildeten Bürgerschaft.

Die ökonomische Entwicklung, die in die industrielle Revolution mündete, begann nach der Bildung dieser bürgerlichen Gesellschaft und war - im Gegensatz zu marxistischen Geschichtstheorien - nicht deren Voraussetzung. Der Keim der bürgerlichen Nationsbildung lag vielmehr im eigenen politischen Interesse der nichtadligen städtischen Eliten. Als Vorstufe des Nationsbewußtsein kann der Patriotismus bezeichnet werden.

In der ständischen Gesellschaft galt der Adel (d.h. die Ritter) als der „patriotische“ Stand, der für das Vaterland kämpfte und starb, während das Volk (Bauern und Bürger) arbeitete und sich nicht um den Staat kümmerte. Deshalb war der patriotische Anspruch der Bürger ein weiteres Indiz für das Ende des Ständesystems. Ab 1700 entstanden in England (1723 in Hamburg) patriotische Zeitschriften, die sich hauptsächlich mit neuen Techniken der Gartenwirtschaft befaßten, aber auch politische Grundsätze vertraten: die Patrioten waren untereinander gleich an Rechten, die Volksaufklärung wurde zum Ziel erklärt. Aus diesen gemeinsamen Interessen entwickelte sich ein nationales Selbstverständnis des Bürgertums. Besonders ausgeprägt war der Patriotismus in England und der eidgenössischen Schweiz.

Die patriotische Bewegung in der Schweiz begann in der Mitte des 18. Jahrhunderts mit der Gründung der Helvetischen Gesellschaft (1761), einem Verein reicher Bürgersöhne mit gemeinsamen Interessen. Kernpunkte des Patriotismus waren die Identifizierung mit der heimatlichen Landschaft (in Volksliedern besungen) und eine nationale Geschichtsschreibung. In den Niederlanden politisierten sich die Patrioten schneller: ab 1780 erkämpften sie die Macht in den Provinzen Holland und Utrecht gegen die traditionelle Vorherrschaft des Statthalters aus dem Hause Oranien und der saturierten Oberschicht. Durch die preußische Intervention 1787 brach die „niederländische Revolution“ allerdings zusammen.

Seit 1760 gab es in Hamburg eine (heute noch bestehende) patriotische Gesellschaft. Neben diesen Vereinen bildeten sich im deutschen Reich unter der Bezeichnung „Deutsche Union“ zahlreiche akademische Clubs (Jena, Halle, Göttingen, Leipzig) für „deutsche Belange“. Der siebenjährige Krieg Preußens mit Österreich war für das patriotische Bewußtsein wichtig: der Angriff Friedrich II. auf den deutschen Kaiser bedeutete einen Bruch des politischen Systems und der Verfassungsstruktur

des Reiches. Mit dem Frieden von Hubertusburg von 1763 wurde Preußen eine neue Großmacht. Die Aufteilung Polens zwischen Preußen, Österreich und Rußland bis 1793 verwischte durch die Aufnahme reichsfremder Gebiete in reichsangehörige Staaten die Grenzen des Reiches weiter. Diese Entwicklung verstärkte die Sorge der deutschen Intellektuellen um den Fortbestand der deutschen Nation in einem gemeinsamen Staat und führte zur „Deutschen Bewegung“. 1765 klagte Karl-Friedrich von Moser in seiner Schrift „Vom teutschen Nationalgeist“, „die stärkste Macht Europas“ sei jetzt „kraftlos durch Trennungen“. Er bezeichnete den Reichstag bereits als „Nationalversammlung“.

Klopstock schlug 1762 eine „deutsche Gelehrtenrepublik“ der bürgerlichen Bildungsgesellschaft vor. In den achtziger Jahren entstand eine ähnliche Initiative auf fürstlicher Ebene: ein „deutscher Fürstebund“ der mittleren und kleineren Fürsten sollte als Gegengewicht zu den Großmächten Preußen und Österreich fungieren. Herder gründete auf Wunsch der Fürsten 1787 die „Deutsche Akademie“ die sich mit Sprach- und Nationalgeschichte befaßte und Verbesserungsvorschläge sammeln sollte.

3 Die Entwicklung der europäischen Nationalstaaten

Die revolutionäre Phase der modernen Nation war prägend für die neuere Geschichte. Dabei gilt die französische Revolution als Muttermodell. Die grundlegenden Strukturen, die sich durch die Entstehung von Nationalstaaten in Europa bildeten, waren letztlich die Ursache der Weltkriege und auch der aktuellen Konflikte in Bosnien und im Kaukasus. Nationale Bewegungen sind allerdings nicht auf das Zeitalter der demokratischen Revolutionen beschränkt, der Zusammenbruch des Ostblocks 1990 führte zur Entstehung neuer Nationalstaaten und nationaler Konflikte.

Die aus Bürgern gebildete Armee war der Kern des frühmodernen Nationalstaats: einerseits als Garant der nationalen Autonomie, andererseits als Ausdruck des Selbstbewußtseins und der nationalen „Ehre“, ein aus der ritterlichen Ethik übernommener Begriff. Heute kommt es (in Westeuropa) langsam zur Trennung von Nationalbewußtsein und militärischem Komplex. Trotz der militärischen Identifikation verlief die Durchsetzung der modernen Nation nicht notwendig kriegerisch. Die Gründung des belgischen Staates 1832 forderte „nur“ vier Tote, die nationale Revolution der DDR verlief vollkommen gewaltfrei.

Die Ideologie des Nationsbewußtseins folgte keiner bestimmten politischen Richtung, sondern hatte eine gesamtgesellschaftliche Umformung zum Ziel. Innerhalb der Nationsbewegung gab es allerdings verschiedene politische Ansichten über den Weg zum Nationalstaat oder über das Gesellschaftssystem. Die „unpolitische“ nationale Ideologie dagegen hat zwei Dimensionen:

- die allgemeine, auf die Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft und der Menschen- und Bürgerrechte bezogene
- und die individuelle, die eine Begründung des Nationsanspruches durch gemeinsame Geschichte, Kultur usw. enthält

Der Nationalismus stellt eine Zuspitzung der zweiten Dimension nationaler Ideologie dar: eine extreme Abgrenzung der eigenen Nation gegenüber allem anderen.

Die Durchsetzung der allgemeinen Bürgerrechte (Freiheit und Gleichheit), die von einigen Nationen als Programm formuliert worden war, wurde im 19. Jahrhundert von keinem Nationalstaat eingelöst - ein Beleg für den unvollendeten Charakter der nationalen Ideologie.

Auch in vormoderner Zeit gab es den Nationalstaat, als dessen Träger die ständische Adelsnation fungierte. Allerdings setzte auch der vormoderne Staat eine ethnische Grundidentität (z.B. im bourbonischen Frankreich oder in Schweden) zur nationalen Legitimation voraus. Zu Beginn der politischen Modernisierung lag die Initiative meist bei einer „Minoritätennation“, d.h. bei bestimmten, politisch bewußten gesellschaftlichen Gruppen. Die konstituierende Bevölkerungsgruppe war wesentlich für den Charakter des Staates: in Polen war es der Adel, in Irland die Landbevölkerung und der Klerus.

Es gibt zwei Grundtypen des nationalen Staates:

- unitarisch (Beispiel: Frankreich): ein Zentralstaat mit einer Residenz bzw. Hauptstadt
- föderal (Beispiele: Niederlande, USA, Deutschland): ein Zusammenschluß regional organisierter politischer Gemeinwesen, diese Staatsform hat meist ein politisches 2-Kammern-System (Volkshaus und Staatenhaus)

Bis in die sechziger Jahre galt das unitarische Modell als das Idealbild eines modernen Staates. Die Durchsetzung des modernen Nationalstaats in Europa vollzog sich in mehreren Phasen

1. Bis zum Wiener Kongreß hatte sich vor allem Frankreich als Vorläufer etabliert.
2. Bis 1870 ging der Siegeszug der neuen Staatsform durch Europa (Dänemark, Deutschland, Italien) (Diese Phase wiederholte sich in Osteuropa bis 1918, in Afrika und Asien bis 1945 und im Ostblock bis 1990)
3. Bis 1945 kam es durch ein fehlendes regulatives Element - der Hochadel als „diplomatische Schicht“ war ausgefallen - zu schweren Konflikten zwischen den Nationalstaaten
4. Seit 1945 gibt es halbwegs erfolgreiche Ansätze zu internationaler Kooperation.

Der Nationalstaat hat sich als selbstbestimmte politische Organisation einer Nation bewährt. Seine Durchsetzung erfolgte meist aus innenpolitischen Gründen, als Ausdruck des Wunsches nach einer gemeinsamen Organisation der Bevölkerung. Die Zustimmung der Bevölkerung ist auch das Lebenskriterium eines Staates, der sonst vom Zerfall bedroht ist (z.B. Jugoslawien). Eine Gesellschaft wird durch eine Staatsgründung zum außenpolitischen Machtfaktor und damit abhängig vom System der Staaten. Mit der Gründung eines Staates geht die politische Modernisierung einher, d.h. die Durchsetzung der Demokratie bzw. die Klärung der Machtverhältnisse.

Im 19. und 20. Jahrhundert gab es durch den Ausfall des Hochadels als nationübergreifende diplomatische Schicht und das höhere militärische Potential größere und härtere Konflikte, die mit dem sacer egoisme (geheiligter Egoismus) der Nationalstaaten begründet wurden. Irredentismus und Revisionismus sind Beispiele für die durch die Staatsgründung entstandenen konfliktträchtigen Haltungen.

3.1 Frankreich

Die Modernisierung Frankreichs begann im 13. Jahrhundert mit der Durchsetzung der Bourbonenkönige. Unter Führung des starken Königtums bildete sich eine französische Adelsnation. Bis zum Ende des 17. Jahrhunderts verlor der Hochadel zunehmend an Einfluß, so daß der König schließlich ohne Beteiligung des Adels herrschte. Auch die ständische Vertretung, die Generalstände, wurden seit 1614 nicht mehr einberufen. Das nationale Königtum wirkte durch seine überragende Stellung kulturprägend und identitätsstiftend.

Im 18. Jahrhundert kam es allerdings durch die Aufklärung zu einer Krise des Absolutismus. England wurde von den Kritikern (u.a. Montesquieu) als Vorbild betrachtet. Durch das große nationale Projekt der Encyclopédie (Voltaire, Rousseau, Diderot) verschob sich die kulturelle Hegemonie vom König zum aufgeklärten, intellektuellen Bürgertum. Unter Ludwig XV. kam es zum Konflikt um den Nationsbegriff: der König betrachtete sich selbst als Nation, während der Adel diese Rolle für sich reklamierte.

Im August 1788 wurden wegen finanzieller Engpässe die Generalstände einberufen, nachdem 1786 die Provinzialstände revoltiert hatten. Der dritte Stand forderte die Hälfte der Sitze (statt einem Drittel) und eine Abstimmung nach Köpfen (statt nach Ständen). Diese Forderungen wurden durch die im Januar 1789 veröffentlichte Schrift „Was ist der dritte Stand?“ des Abbé Sieyès unterstützt: „Was ist der dritte Stand? Er ist alles. Was ist er bisher gewesen? Nichts. Was verlangt er? Etwas zu werden ... Was ist eine Nation? Eine Gesellschaft, die unter einem gemeinsamen Gesetz lebt und durch eine gesetzgebende Versammlung vertreten wird.“ Die Nation sei allein der dritte Stand, alles andere sei nicht Teil der Nation. Sieyès forderte die Abgeordneten des dritten Standes auf, nicht mit den anderen Ständen zu paktieren, sondern eine gesetzgebende Nationalversammlung zu bilden.

Nach dem Zusammentritt der Generalstände im Mai 1789 in Versailles erklärten sich die Abgeordneten des dritten Standes in einem revolutionären Schritt am 17. Juni zur Nationalversammlung und leisteten am 20. Juni den „Ballhauschwur“, nicht eher auseinander zu gehen, bis eine Verfassung ausgearbeitet worden sei. Am 9. Juli empfahl der König den Vertretern der übrigen Stände, an der Versammlung teilzunehmen. Damit war die politische Revolution vollzogen. Am 4. August beendete die Nationalversammlung formell die Feudalität, am 26. August wurden die Menschenrechte deklariert. Innerhalb der Versammlung kam es zur Gruppenbildung: die Patrioten oder Jakobiner formierten sich. Die Volksrevolution begann am 14. Juli 1789 mit dem Sturm auf die Bastille und der Umwandlung der munizipialen Garden in Nationalgarden. Durch Aufstände der ländlichen

Bevölkerung (Bauernrevolution) gegen das feudale System brach das ancien régime schließlich zusammen.

Das Wahlrecht unterschied zwischen (steuerzahlenden) Aktivbürgern und Passivbürgern, ein Ausdruck des Charakters der neuen Nation, die sich aus dem besitzenden Bürgertum zusammensetzte. Um dennoch eine Gemeinschaft herzustellen, wurden „Föderationsfeste“ unter Einschluß des Königs und der Geistlichkeit gefeiert. Staat und Kirche wurden getrennt, Kirchengut ging vielfach in die Hände des Staates über. Durch die staatliche Erziehung setzte sich die französische Hochsprache durch. Die Nationalgarden wurden zur Volksarmee (neben der weiter bestehenden königlichen Armee). Nach der Errichtung des Nationalstaates kam es 1792 im Zusammenhang mit der Kriegsfrage zur Gleichheitsbewegung: die Passivbürger erhielten das Waffenrecht und beanspruchten, Teil der Nation zu sein. Trotzdem blieben sie bis 1914 vom Wahlrecht ausgeschlossen (Frauen bis 1944).

Nachdem am 10. August 1792 der König ausgeschaltet worden war und im September die Republik ausgerufen wurde, begann in der Nationalversammlung bereits die Debatte um eine Weiterverbeitung der Revolution, d.h. um Kriegserklärungen an die europäischen Fürstenhäuser. Der Krieg als gemeinsames Projekt wirkte als starker Nationsimpuls und veränderte gleichzeitig die Zielrichtung der Revolution: Abgrenzung und Überwindung statt Freiheit und Gleichheit. Im kriegerischen Patriotismus („Sterben fürs Vaterland“) wurde die traditionelle Adelsethik auf die Bürger übertragen. Mit der Mobilisierung gegen „Feinde des Vaterlandes“ ging auch eine Radikalisierung einher, die zur Hinrichtung von politischen Gegnern führte. Durch die Siege der französischen Volksarmeen gegen die fürstlichen Söldnerheere kam es bald zu einem aggressiven Nationalismus („la grande nation“), der eine weitere Expansion und die Umwandlung der eroberten Gebiete in französische Provinzen forderte (unterstützt von Abbé Sieyès). Die neue nationale Ideologie sprach den Nachbarvölkern die Gleichberechtigung ab.

Die neue militärische Führungsschicht (Carnot, Napoleon) organisierte die bewaffnete Nation und motivierte die Bürgersoldaten. Zusammen mit der Artillerie waren sie durch die zeitgenössischen Heere kaum zu besiegen. Napoleon nutzte seine militärischen Siege, um seine politische Stellung zu legitimieren. Die nationale Terminologie (Napoleon als Inkarnation der Nation) diente ihm zur Machtübernahme, obwohl er damit auf den Stand der letzten Könige zurückfiel.

Die neue Nation bildete sich in drei Schritten, Ausgangspunkt war die ständische Nation mit gemeinsamer Kultur:

1. Revolution des Geistes (Befreiung des Denkens von Autoritäten im Humanismus, der Aufklärung und der Freiheitsphilosophie)
2. Revolution des Staates (Verfassungsänderungen, Einrichtung einer Legislative)
3. Revolution des Volkes

Trotz ihrer Vorbildfunktion kann die Entstehung der modernen französischen Nation nicht als Regelfall der europäischen Nationsbildung betrachtet werden. Zum einen bestand schon vor der Revolution ein starker Nationalstaat, zum anderen war Frankreich (anders als z.B. die Niederlande oder das Deutsche Reich) sehr zentralistisch aufgebaut. Napoleon bildete sowohl die Verkörperung des neuen Frankreich, als auch die Deprivation der Nationalverfassung.

3.2 Belgien

Die Gründung des belgischen Staates hatte einen Kompromißcharakter: die frankophone Bourgeoisie einigte sich auf einen „passenden“ Monarchen, der allerdings keine Marionette war (im belgischen Kolonialismus spielte der König eine wichtige Rolle). Neben der Staatsgründung war Belgien auch auf ökonomischem Gebiet Vorreiter im kontinentalen Europa. Seit 1860 prägte der Katholizismus (nach dem Liberalismus) die belgische Politik, ab 1880 bedrängt von der Arbeiterbewegung, die ab 1893 eine schrittweise Erweiterung des Wahlrechts durchsetzte. Das Sprachenproblem, entstanden durch die Politisierung der flandrischen Volksschichten, führte zu mehreren Ausgleichsmaßnahmen bis 1960.

3.3 Italien

Ein weiteres Beispiel für die Gründung eines modernen Nationalstaats im 19. Jahrhundert ist Italien. Nationalbewußte bürgerliche Schichten versuchten 1848 mit einer Revolution einen gemeinsamen Staat zu schaffen, scheiterten aber an ihrer Uneinigkeit. Wie in Deutschland folgte eine Phase der Depression. Allerdings ergriff das Königshaus von Piemont-Sardinien die politische Initiative und entwarf unter der Leitung von Graf Cavour ein nationales Konzept. Mit Unterstützung Napoleons III. wurden die Österreicher verdrängt. Eine Volksbewegung von Sizilien aus unter Führung Garibaldis blieb allerdings erfolglos. Schließlich konnte sich Vittorio Emanuele von Piemont-Sardinien als italienischer König durchsetzen. Um dieses Ziel zu erreichen, benutzte er den politischen „Bonapartismus“, benannt nach dem Neffen Napoleons I. Dieses neue Politikmodell bestand in einer taktischen Anpassung eines Vertreters der ständischen Nation an die politischen Vorstellungen der bürgerlichen Nation mit dem Ziel der innenpolitischen Durchsetzung. Napoleon III. war als Vertreter des „neuen“ Adels im Dezember 1848 von der Nationalversammlung zum französischen Präsidenten gewählt worden und hatte sich erst drei Jahre später in einem Staatsstreich zum Kaiser machen lassen. Eine ähnliche Strategie verfolgte auch der preußische König Friedrich Wilhelm IV., als er versuchte, sich an die Spitze der Revolution von 1848 zu setzen. 1870 wurde Rom als „natürliche“ Hauptstadt Italiens erobert, allerdings gibt es noch zahlreiche irredenta (unerlöste Gebiete außerhalb des italienischen Nationalstaats, z.B. das Trentino). Träger des Staates waren Großbürger und Adelige, zur Legitimation war allerdings die Zustimmung aller Italiener notwendig.

3.4 Iberische Halbinsel

1640 endete die politische Einheit der iberischen Halbinsel durch die Erbstreitigkeiten der Habsburger Monarchie. Bis 1808/1810 waren die staatlichen Verhältnisse allerdings weiter unklar. In Spanien ist die Nationalforschung ein traditionelles Gebiet der Geschichtswissenschaft, während Portugal, die älteste und ethnisch einheitlichste Nation Europas keine wissenschaftliche Tradition in diesem Bereich hat.

Der Begriff „Nationalismus“ ist in Spanien, anders als in den meisten europäischen Staaten, nicht negativ besetzt. Einige Historiker halten den Nationalismus für älter als die Nationen, also für eine Vorstufe der Nationsbildung. Die Modernisten gehen dagegen davon aus, daß Nationalismus und Nation Entwicklungen der Moderne sind. Prof. Nunez definiert die Nation als Personenkollektiv mit gemeinsamen Merkmalen, das das Ergebnis der nationalen Überzeugung seiner Mitglieder ist. In Spanien war der Begriff „Nation“ die legitimierende Bezeichnung der Oberschicht für ihren einheitlichen Staat. Später wurde er auch vom Ausland übernommen. In der frühen Neuzeit war Spanien ein stark katholisch geprägtes Kaiserreich, eine Bundesmonarchie aus einzelnen Königreichen. Aufstände bestimmter Regionen (Kastilien) waren häufig.

Portugal entwickelte ein pränationales Bewußtsein hauptsächlich in der Opposition gegen Kastilien. Wegen der geringen Differenzen konnte sich eine stabile Monarchie etablieren. Der Mythos von Sebastian (gest. 1548) - ein portugiesischer König, der zurückkehren und Portugal von den Spaniern befreien sollte - war die Haupttriebkraft der nationalen Bewegung. Trotz dieser scharfen Abgrenzung gegen Spanien waren die meisten Portugiesen zweisprachig.

Die Auswirkungen der französischen Revolution drängten die spanische Monarchie in die Defensive. Durch das Vordringen Napoleons kam es zu einer Welle des Patriotismus, der das Land in zwei Lager spaltete: für und gegen eine Zusammenarbeit mit den Franzosen. 1833 kam es zu einer Neuerteilung der Territorien nach französischem Vorbild. Die außenpolitische (Verlust der Kolonien) und ökonomische Krise des 19. Jahrhunderts führte zu einem Kulturpessimismus der spanischen Intellektuellen. In Portugal wirkten die antifranzösischen Tendenzen einigend. Stattdessen suchte man England als Verbündeten. Föderale Strömungen wurden unterdrückt und der Sebastianismus wiederbelebt. 1890 scheiterten die kolonialen Träume einer Vereinigung der portugiesischen Kolonien Angola und Mozambique am Widerstand Großbritanniens.

4 Die deutsche Nation

Die Nationsbildung der Deutschen war in besonderem Maße geprägt durch das Verhältnis zu Frankreich und die Herausforderung der französischen Revolution. Die Franzosen hatten in ihrer Nationsbildung stets einen Vorsprung, schon im 14. Jahrhundert hatte sich das französische Königtum als Nationalkönigtum verstanden und mit Hilfe einer „nationalen“ Politik seine eigene Durchsetzung betrieben. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts hatte sich in vielen europäischen Staaten

die Modernisierung beschleunigt: an die Stelle von Kultur und Staatsbildung traten wirtschaftliche und politische Revolution. Träger der soziopolitischen Umgestaltung war die bürgerliche Gesellschaft, die ihre neugewonnene Identität mit dem Begriff der Nation faßte. Bisher hatten sich die privilegierten Stände als Nation verstanden. Die Zuspitzung des modernen Naturrechts durch Jean-Jacques Rousseau verband die Nation mit den Ideen der Volkssouveränität und der Menschenrechte. Das sich daraus ergebende Modell einer Staatsbürgernation bedeutete einen Bruch mit den damals vorherrschenden ständischen Verhältnissen.

In Frankreich entwickelte sich nach 1750 geradezu ein Kampf um das Recht, die Nation zu repräsentieren; Emmanuel Sieyès reklamierte dieses Recht für den Dritten Stand. In der Revolution wurde Nation zum zentralen politischen Integrationsbegriff der französischen Gesellschaft, nicht nur der Staat, auch die Institutionen des gesellschaftlichen Lebens (Kirche) wurden in das Konzept der Staatsbürgernation einbezogen und einheitlich neu gegliedert. Trotz der großen Wirkung der französischen Revolution in Europa kann sie keineswegs als typisch für die Entstehung eines modernen Nationalstaats gelten: zum einen mußte der Nationalstaat nicht neu geschaffen, sondern nur umgestaltet werden, zum anderen läßt sich das Modell eines unitarischen Zentralstaats nicht ohne weiteres übertragen. Die europäischen Völker lebten um 1800 in ihrer Mehrheit unter fremdnationaler Herrschaft oder waren zerteilt in mehrere Fürstenstaaten. Für sie war der Weg zur Nation bedeutend schwieriger. Hier kam es zunächst darauf an, daß sich ein nationales Selbstbewußtsein entwickelte und eine Nation sich formierte, erst dann konnte die Durchsetzung von nationaler Autonomie zum politischen Programm werden.

Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, die tragende Dachorganisation in Deutschland, war kein Nationalstaat im modernen Sinn, sondern ein mittelalterlich strukturierter Herrschaftsverband. Die Reichsnation, die den Kaiser wählte und sich auf dem Reichstag versammelte, wurde von den Fürsten dominiert und repräsentiert. Diese jedoch betrieben seit dem Spätmittelalter eine eigene territoriale Staatsbildung gegen die Interessen des Reiches. Die Entwicklung einer bürgerlichen Nation vollzog sich parallel zu diesem Prozeß und stand ihm gegenüber: während sich hier ein überstaatliches, nationales Bewußtsein bildete, lief die adelige Staatsbildung auf einen Zerfall des Reiches hinaus. Grundlage der neuen Nationsbildung war die deutsche Kulturgesellschaft der gebildeten Schichten. Diese übergreifende Identitätsbildung war zunächst nur kulturell und gesellschaftlich, während die politische Identität ganz auf die Territorialstaaten hin orientiert war. Einzelstaatliches Reformengagement und kulturnationale Orientierung standen nebeneinander, (politischer) Landespatriotismus und (kultureller) Reichspatriotismus ergänzten sich. Mitten in diese Phase der noch vielfach offenen nationalen Selbstfindung wurden die Deutschen in Mitteleuropa 1789 durch den Nachbarn Frankreich mit dem Modell des modernen Nationalstaats konfrontiert. Trotz späterer Enttäuschungen und innerer Abwehr angesichts der französischen Kriegserklärung 1792 und des innenpolitischen Terrors in Frankreich hatte die französische Revolution starke Wirkungen auf die Prägung des politischen Bewußtseins der deutschen bürgerlichen Bildungsschichten.

In den langwierigen Kriegen mit der französischen Republik, in den Friedensverhandlungen von Basel (1795) bis Lunéville (1801) wurde deutlich, daß das alte Deutsche Reich weder zur Verteidi-

gung seiner Grenzen noch zu einer Modernisierung seiner Verfassung in der Lage war. Die Fürsten hatten allein ihre eigene Zukunft im Auge und konzedierte dem Annektionismus des direktorialen Frankreich das gesamte linksrheinische Reichsgebiet, Deutschlands nationalpolitische Zukunft lag im Dunkeln. Während dieser Zeit befand sich die deutsche Kulturgesellschaft, d.h. die junge bürgerliche Nation, auf dem Höhepunkt ihrer wissenschaftlichen und kulturellen Produktivität, wodurch sie die widersprüchliche Situation ihrer geistigen und ihrer politischen Existenz um so stärker empfand. Die fortschreitende Politisierung der bürgerlichen Nationalbewegung führte auch zum Ende ihrer gemeinsamen reformpolitischen Orientierung im Geist der Aufklärung: es entstand ein konservativer Reichspatriotismus mit nationalistischen Tendenzen neben den deutschen Jakobinern, die die französische Sache vertraten, und der liberalen Mehrheit.

Schließlich wurde Napoleon Bonaparte, der vom republikanischen Heerführer zum Kaiser der Franzosen aufstieg, die dominierende Gestalt für das nationale Schicksal Deutschlands. Er verstand es als erster, die Ideologie der modernen Nation lediglich funktional und propagandistisch zu gebrauchen, um eigene Herrschaftsinteressen durchzusetzen. Durch den Anschluß Nordwestdeutschlands an Frankreich und die Gründung des Rheinbundes mittlerer deutscher Staaten unter französischem Protektorat 1806 wurden die beiden deutschen Führungsstaaten an den östlichen Rand abgedrängt, 1806 legte Franz II. die Kaiserkrone nieder. Deutschland hatte aufgehört, ein Begriff der politischen Landkarte Europas zu sein. Allerdings brachte die napoleonische Reformpolitik einer Modernisierung von Recht und Verwaltung auch eine erneute innovative Herausforderung, auf die die von der Aufklärung geprägte Intelligenz in Deutschland positiv einging. Im Mittelpunkt der neuen Modernisierungsbewegung standen allerdings die vergrößerten deutschen Fürstenstaaten, nach dem Ende des Reiches schien allein im Landespatritismus und einer Nationsbildung im deutschen Einzelstaat die Zukunft zu liegen.

Für eine erneute gesamtdeutsche Nationsbildung wurde es jedoch bedeutsam, daß die Bildungsschichten - vor allem in Preußen und Österreich - ihr patriotisches Engagement schon bald in den Dienst einer antinapoleonischen Bewegung stellten. Napoleons Kaiserkrönung 1804 (Verlassen der republikanischen Grundsätze) und seine Herrschaft über ganz Deutschland führte zu einem Umschlag der politischen Meinung in den Jahren um 1806. Vor allem der Rheinbund wurde zum Symbol des dem Fremdherrscher gefügigen Fürstentums, das Freiherr vom Stein „Sultanismus“ nannte. In der Enttäuschung über die Fürsten, die vielfach versuchten, sich mit den französischen Machthabern zu arrangieren, übernahmen die bürgerlichen Patrioten die politische Initiative, wandten sich den Volksschichten zu und schufen eine breite politische Bewegung, indem sie ihre nationalen Ziele mit dem landespatritischen Widerstand gegen Napoleon verbanden. Vor allem in den beiden deutschen Großstaaten gelangten national orientierte Patrioten in die politische und militärische Führung: die Regierungen der Minister Stadion in Österreich (1805 - 1809), Stein und Hardenberg in Preußen (1807 - 1820) stellten ihre Reformprojekte konsequent in einen nationalen Zusammenhang.

Der Krieg Österreichs gegen Napoleon 1809 wurde bereits im Geist eines nationalen Befreiungskrieges geführt und war der öffentlich sichtbare Beginn einer deutschen Nationalbewegung. Nationaler

Patriotismus äußerte sich nun in Unternehmungen, die als politisch-militärischer Faktor ernstzunehmen waren, im Mittelpunkt standen patriotische Gruppen wie der 1808 gegründete „Tugendbund“ oder die Turnbewegung Friedrich Ludwig Jahns von 1811. Der Befreiungskrieg Preußens mit Rußland gegen Frankreich von 1813 ist im wesentlichen von den Patrioten vorbereitet und getragen worden: starker Zustrom von Studenten, Bürgersöhnen und Handwerkern zur Armee, sprunghaft ansteigende patriotische Schriftstellerei, Spendenbereitschaft der Bevölkerung und Gründung patriotischer Vereine. Durch das Eingreifen Österreichs und die Überschreitung des Rheins nahm der Krieg eine Wendung, die zu einer Dämpfung der nationalen Bewegung führte.

In ihrem Kern war die beginnende Nationalbewegung in Deutschland eine politische Emanzipationsbewegung, auch wenn der Kampf gegen Napoleon als einigendes Band wirkte. Die bürgerlichen Gruppen formulierten erstmals deutlicher ihre eigenen Interessen und brachten sie gegenüber den Fürsten als Forderungen zum Ausdruck: die dominierende Zielvorstellung der Patrioten war in diesen Jahren noch nicht ein deutscher Nationalstaat, sondern die Einführung verfassungsrechtlicher Verhältnisse in den Einzelstaaten, die Garantie von bürgerlichen Freiheits- und Gleichheitsrechten, die Einrichtung von Parlamenten mit legislatorischer Kompetenz, die Durchsetzung der Staatsbürgernation. Allerdings war die nationalpatriotische Bewegung durchaus nicht einheitlich. Vor allem für die Volksschichten blieb der Landesfürst meist noch die wichtigste Bezugsperson, und das Engagement bezog sich auf den Einzelstaat („Für König und Vaterland“). Die an dem Befreiungskrieg beteiligten deutschen Truppen bildeten keine nationale Armee, sondern waren eingebunden in ein internationales Heer.

Trotz dieser Einschränkungen war der vereinte Kampf gegen einen gemeinsamen Feind zur Befreiung des Vaterlandes ein großes nationsbildendes Ereignis. Vor allem die nationalbewußten Bildungsschichten trugen mit ihrer patriotischen Aktivität zur Weckung eines deutschen Gemeinschaftsgefühls bei. Ernst Moritz Arndt formulierte 1813 in seinem Lied „Was ist des Deutschen Vaterland?“ eine offene Frage, die noch lange wachbleiben sollte: die Frage nach dem regionalen und sozialen Umfang der Nation. Ideologisch standen liberalemanzipatorische und konservative Richtung nebeneinander, beide hatten sich mit Frankreich als Okkupationsmacht und als wichtigster Impulsgeber der Modernisierung auseinandersetzen. Der nationalpatriotische Kampf war auch von nationalistischen Tendenzen begleitet, allerdings waren die franzosenfeindlichen Äußerungen 1813 nicht mit einem politischen Programm nationaler Unterdrückung und Expansion verbunden.

Nach dem Sieg über Napoleon begann die ständische Nation auf dem Wiener Kongreß, die Initiative zurückzuerobern. Es galt, zwei Gefahren für die Fürstenmacht künftig auszuschließen: die Hegemonie eines Staates und eine Volksrevolution. Beide waren eng verbunden mit dem Begriff der Nation, deshalb galt es, die politischen Potenzen der modernen Nation systematisch niederzuhalten. Mit dem Deutschen Bund von 1815 schufen die Fürsten unter sich eine Verbindung, die an das System des Heiligen Römischen Reiches erinnerte. Er basierte auf dem traditionellen Nationsmodell und kam dem neuen nationalen Geist entgegen, vor allem aber ermöglichte er es dem Adel, seine politische Herrschaft fortzusetzen. Die nationale Interessensgemeinschaft des Adels war nicht

nur Gegner der bürgerlichen Nationalbewegung, sondern auch ihr wichtigster nationaler Konkurrent.

Durch das Engagement im antinapoleonischen Befreiungskrieg gestärkt, kam die bürgerliche Bewegung 1814 auf ihr ursprüngliches Programm zurück: Grund- und Freiheitsrechte für das Volk (Projekt der Staatsbürgernation) und Beteiligung des Volkes am Staat (Prinzip der Volkssouveränität). Die Enttäuschung über die Deutsche Bundesakte, die nur von Untertanen sprach und der Verfassungsbewegung im Artikel 13 nur vage Rechnung trug, war daher groß. Nach der Gemeinsamkeit des Befreiungskrieges geriet das Bürgertum in Gegensatz zu den Fürsten und mußte die Ziele der Nationsbildung, der Demokratisierung und der Nationalstaatsbildung aus eigenen Kräften durchsetzen. Allerdings war das Verhältnis zu den Fürsten nicht grundsätzlich auf Opposition festgelegt und die politischen Rahmenbedingungen hatte der Deutsche Bund geschaffen. So zeichnete sich ab, daß sich in Deutschland im Verhältnis zu Frankreich eigene Formen der Nationswerdung durchsetzen würden: statt der Revolution der Weg der Reform und Vereinbarung; statt des unitarisch-zentralistischen der föderale Nationalstaat.

Die partikularen Staaten, wie sie nach dem Wiener Kongreß bestanden, waren in sich widersprüchlich: sie waren Ergebnisse von Revolution und Restauration, Erben vorrevolutionärer Tradition und Träger administrativer (napoleonischer) Prinzipien, die diese Tradition von Grund auf zerstört hatten. Der Begriff „Partikularismus“, geprägt von den Anhängern der nationalstaatlichen Idee, bezeichnete im abwertenden Sinne die Formen des teilstaatlichen Bewußtseins. In dieser Zeit entwickelte die deutsche Nationalidee, die sich vorher an dem gemeinsamen Feind orientiert hatte, auch ihren Akzent gegen den Teilstaat und den an ihm orientierten Patriotismus.

Der Freiherr vom Stein kritisierte die „Auflösung Deutschlands in viele kleine, ohnmächtige Staaten“ als Ursache des sittlichen Zerfalls und verabscheute die Unterdrückung des deutschen Volkes durch „einige dreißig Despoten“ fast noch mehr als die Fremdherrschaft vor 1813: beide bedeuteten für ihn die Zerstörung geschichtlich verwurzelter Freiheit. Bei Ernst Moritz Arndt entstand das nationale Einheitsgefühl als Reaktion auf das Ende der Reichsheinheit 1806. Paul Pfizer sah in dem „die Kräfte der Länder übersteigenden Aufwande“ der fürstlichen Hofhaltungen das Hauptübel, das den Pauperismus verursacht habe, Friedrich List belegte mit zahlreichen Schriften den Zusammenhang zwischen politischer Zerstückelung und wirtschaftlicher Verelendung. Die nationaldemokratische, gegen die Fürsten gerichtete Tendenz der Kritik war nie so stark wie in Frankreich, sie verstärkte sich aber in dem Maße, in dem der Deutsche Bund seit den Karlsbader Beschlüssen von 1819 einen Kampf gegen die nationale und liberale Bewegung führte, und die Fürsten damit zum Träger der Reaktion wurden. Bis zur unmittelbaren Vormärzzeit wurde die Kritik am Partikularismus durch die Zensur und die Machtstellung des Adels und der Bürokratie als Träger des Partikularstaats im Deutschen Bund gehemmt.

Trotz der regen publizistischen Tätigkeit der Nationalbewegung waren die Aufstandsbewegungen der dreißiger Jahre keine nationalen Aufstände, die einzige Aktion mit nationalem Charakter war das Hambacher Fest 1832, auf dem die schwarz-rot-goldene Flagge neben der Trikolore und der polnischen Fahne gehißt wurde. Ein Jahr später erschien ein Buch mit dem Titel „Das Nationalfest

der Deutschen zu Hambach“. In den folgenden Jahren entwickelte sich eine nationale Solidarität, z.B. für die „Göttinger Sieben“, die von ihrem Landesfürsten wegen kritischer Äußerungen entlassen worden waren, oder nach dem Feuer in Hamburg. Forderungen nach Volksbewaffnung, Armenfürsorge und Bildung von Parlamenten waren Anzeichen für ein allgemeines Bewußtsein von Nation.

Schließlich brach im März 1848 die liberale Revolution des Bürgertums aus. Sie versuchte, ein nationales Programm zu verwirklichen und stand vor der doppelten Aufgabe, einen nationalen Staat zu schaffen und ihm eine liberale Verfassung mit der Sicherung liberaler Grundrechte zu geben. Die erste Schwierigkeit ergab sich aus der Unmöglichkeit, den Umfang der deutschen Nation und mithin des Nationalstaats festzulegen. Nachdem die Eingangsstimmung der Frankfurter Nationalversammlung noch „gesamtdeutsch“ gewesen war, begannen sich allmählich verschiedene Richtungen auszubilden. Die Vorstellung eines alle Deutschen umfassenden Nationalstaats wich dem Willen, eine Staatsnation zu schaffen: „das Wort Deutschland wird fortan ein politischer Begriff“ (Rede in der Paulskirche). Vor allem die preußischen Abgeordneten wollten einen starken, geschlossenen Nationalstaat auf der Grundlage Preußens. Es ergaben sich zwei Richtungen: die „kleindeutsche“ Lösung verzichtete auf die staatliche Verbindung mit Nichtdeutschen (Ausschluß Österreichs) und sah einen Nationalstaat unter preußischer Führung vor, die „großdeutsche“ orientierte sich an einem übernational-mitteleuropäischen Großreich.

Das einheitliche nationale Bewußtsein - die bürgerliche Nation arbeitete mit den Fürsten zusammen - führte wegen des Widerstands der starken Teilstaaten nicht zum Erfolg: die in der Paulskirche ausgearbeitete Verfassung wurde nicht umgesetzt. Die Wiederherstellung der Teilstaaten und erneute Zusammenfassung im restaurierten Deutschen Bund war eine Niederlage des nationalen Gedankens, aber auch der bürgerlichen Freiheitsideen. Dieser Mißerfolg der politischen Revolution - sie wurde als logische Konsequenz der geistigen (Säkularisation) und industriellen Revolution gesehen - führte zu einer Resignation des Bürgertums und zu dessen Rückzug auf rein ökonomische Betätigung. Trotzdem kann das verfassungsrechtliche Ergebnis des deutschen Revolutionsjahres, die Reichsverfassung von 1849, kann als die wichtigste Antwort bezeichnet werden, die in Deutschland auf die Herausforderung von 1789 gegeben wurde.

Auch wenn die deutsche Nation seit dem italienischen Nationalkrieg 1859 erneut politisch aktiv wurde und entweder für die kleindeutsch-preußische oder großdeutsch-österreichische Lösung eintrat, lag die Initiative der deutschen Politik bei den alten Gewalten Preußen und Österreich. Seit Bismarcks Regierungsantritt 1862 ging sie ganz auf Preußen über, obwohl dieses durch einen Konflikt mit dem liberalen Bürgertum gelähmt schien. Der nationale Liberalismus und die ihn tragenden bürgerlichen Schichten waren in einer verzweiferten Lage: sie konnten sich an keinem Staat orientieren. Preußen schien unter Bismarck weit davon entfernt, an die Spitze einer liberalen Nationalpolitik zu treten, Österreich mußte sich dem nationalstaatlichen Prinzip mit Rücksicht auf seine multinationale Struktur verschließen, die Mittelstaaten standen als Repräsentanten eines partikularen Staatsprinzips in unmittelbarem Gegensatz zur Nationalstaatsidee. Diese Lage nützte Bismarck zu einer rücksichtslosen Machtpolitik aus, die mit der Befreiung Schleswig und Holsteins von dänischer Herrschaft (1864), Verdrängung Österreichs aus einer nationalen Reformpolitik (1866) und

die Aufrichtung eines halbfertigen nationalen Staats, des Norddeutschen Bundes, die äußeren Ziele des kleindeutschen Liberalismus erfüllte.

Seit dieser Gründung 1866/7 gab es eine Interessensgemeinschaft des altpreußischen Militärstaats mit der bürgerlichen Nationalbewegung. Beide Partner trafen sich in der Machtstaatsidee, die für die Altpreußen die Fortsetzung friderizianischer Politik, für die Liberalen die Entsprechung des nationalen Machtstaatsgedankens nach Hegel war. 1870/1 verwirklichte Bismarck schließlich mit der Errichtung des Deutschen Reiches einen Nationalstaat auf Grundlage Preußens. Zwar ist der Begriff der „verspäteten Nation“ (Plessner) insofern unzutreffend, als die deutsche Nation zum Zeitpunkt der Reichsgründung schon relativ lange bestand und der pejorative Begriff „verspätet“, auf die Entwicklung einer Nation angewendet, sehr zweifelhaft sein muß, weil es kein allgemein anwendbares zeitliches Schema geben kann. Allerdings kann man sagen, daß der deutsche Nationalstaat erst relativ spät und unvollendet entstand. Territorial gab es keine Übereinstimmung mit den Nationsgrenzen wegen der Ausgrenzung der Deutsch-Österreicher und der zwangsweisen Einbeziehung polnischer, dänischer und elsäß-lothringischer Minderheiten auch Preußens Übergewicht (zwei Drittel des Staatsgebietes) war eine schwere Hypothek.

Trotz seiner Abneigung gegen das Vereinbarungsmodell zur Errichtung eines Nationalstaats übernahm Bismarck es für das Deutsche Reich, um eine Mischform aus absoluter Monarchie und parlamentarischer Demokratie durchzusetzen. Unter dem starken Staat wurde aber neben dem mächtigen Staat auch der liberale Verfassungsstaat verstanden, der den führenden bürgerlichen Schichten ein Mitbestimmungsrecht gab. Der Kompromiß zwischen Monarchie und Militärmacht, Bürokratie und dem deutschen nationalen Liberalismus hielt allerdings nur ein Jahrzehnt, und der erstarkte friderizianisch-preußische Machtstaat setzte sich durch. Der konstitutionellen Monarchie mit unabhängiger Exekutive (Kaiser bzw. Kanzler) gegenüber blieb der Liberalismus gespalten: zwar waren die nationalen Wünsche erfüllt, der neue Staat verleugnete aber die liberalen Werte und Prinzipien.

Stärker noch waren die Vorbehalte der katholisch-konservativen und partikularistischen Kräfte im Westen und Süden Deutschlands. Sogar die späteren Stützen des Reiches, die altpreußischen Konservativen, standen Bismarcks nationaler Politik zunächst abwartend gegenüber. Nachdem sie den ungeheuren Machtzuwachs Preußens erkannt hatten, entwickelten sie einen nach außen gerichteten, das monarchische Prinzip mit dem staatlichen Macht- und Expansionsgedanken verbindenden Nationalgedanken, der geeignet war, die innen- und außenpolitische Sicherung und Expansion des Deutschen Reiches zu tragen. So wurde die noch 1871 undenkbbare Gleichsetzung von „national“ und „konservativ“ möglich, das Bündnis von nationalem Bürgertum und preußischer Staatsmacht der Reichsgründerzeit setzte sich fort in einem Bündnis von wirtschaftlich-großbürgerlichen und militärisch-feudalen Kräften. Ihnen gegenüber standen die „Reichsfeinde“: einerseits die o.g. Partikularisten mit ihren übernationalen Reichsideen und andererseits die Sozialisten mit ihrem Programm der Internationalität. Auch sozial und konfessionell stand den nicht repräsentativen Träger-schichten, dem protestantischen Bürgertum und dem Adel (nur Männer), eine starke Opposition aus arbeitender Bevölkerung und Katholiken gegenüber. Die Nation im Kaiserreich war also mit gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Gegensätzen aufgeladen.

Trotzdem hatte der deutsche Staat von 1871 für die Zukunft prägende Kraft, auch wenn seine Bezeichnung „Deutschland“ oft als politische Verengung eines ursprünglich nicht genau fixierten Sprach- und Kulturraumes beklagt wurde. Die sich entwickelnde Reichsnation stellte einen Teil der deutschen Sprachgemeinschaft (die im älteren Sprachgebrauch als „Nation“ bezeichnet worden war) dar. Diese Beschränkung lag auch auf der Linie der Bismarckschen Politik eines „neudeutschen Reichsnationalismus“, der sich klar von den deutschen Volksteilen Österreich-Ungarns oder im Baltikum abgrenzte, auch um den Verdacht zu entkräften, das Nationalitätsprinzip solle als Motor der weiteren Ausdehnung des Reiches dienen. Auch Bismarcks Nachfolger sahen in einer möglichen Erweiterung des Reiches um Teile Österreichs eher eine Gefahr als eine Stärkung. Neben dem staats- oder reichsnationalen Gedanken als Ausdruck der wachsenden Verdichtung im Reich machten sich in den achtziger und neunziger Jahren auch neuartige expansive und aggressive Nationalbewegungen bemerkbar, denen es weniger um Nationalirredentismus und mehr um einen prestigeträchtigen Nationalimperialismus ging. Die Vertreter dieser Richtung hatten die Vorstellung, daß die Einigung Deutschlands nicht der Abschluß sondern „der Ausgangspunkt deutscher Weltmachtspolitik sein sollte“ (Max Weber, 1895).

Das Verhältnis von Nation und Staat hat sich in der Weimarer Republik in vieler Hinsicht gewandelt. Die konservativen Träger des kaiserlichen Nationalstaats hatten den Rückhalt verloren, und die „Reichsfeinde“ von 1871 übernahmen die Führung. Durch den Versailler Vertrag verlor das Reich fast alle fremden Nationalitäten, aber auch einige Millionen deutscher Reichsbürger. Aus den konservativ-bürgerlichen Schichten und den zurückkehrenden Soldaten bildete sich eine innere Opposition, die die Weimarer Verfassungsordnung vollkommen ablehnte: es kam zu einer erneuten Polarisierung in der Nation, gegenüber dem Kaiserreich im umgekehrten Sinne, mit einer immer schwächer werdenden Mitte. Der Versailler Vertrag, der nach einhelliger Meinung fast aller Parteien die Lebensgrundlage des Reiches zerstörte, zwang die deutsche Politik auf eine Bahn des Revisionismus unter anderem mit dem Ziel der Wiederherstellung nationaler Souveränität. Die Revisionspolitik der Weimarer Parteien unterschied sich allerdings stark von der der „nationalen Opposition“: während jene bereit war, auf weitere Machtziele zu verzichten, war für diese die Revision nur eine Vorstufe von Weltpolitik im Geiste der Vorkriegszeit. Trotz seines Scheiterns hatte die Politik des Weimarer Staats zwei positive Ergebnisse: es war ihr gelungen, die Reichseinheit zu bewahren und damit den Staat von 1871 sozusagen ein zweites Mal zu gründen, und die unitarischen Elemente wurden gegenüber dem Kaiserreich gestärkt (wenn auch die föderalen Elemente erhalten blieben). In Verwaltung und Verfassungspolitik war die Weimarer Epoche eine Ära verstärkter nationalstaatlicher Politik, während in Parteien- und Gesellschaftspolitik Tendenzen zur Polarisierung bis an die Grenze der Auflösung des Staats hervortraten.

Der Nationalsozialismus deklarierte sich als ein System einer Politik, durch das die nationale Vervollendung der deutschen Geschichte erst hergestellt werden sollte. Dies sollte mit der Überwindung der inneren Gegensätze eines liberalen Parteienstaates, der Schaffung der inneren Einheit einer nationalen Volksgemeinschaft beginnen und der Aufrichtung eines nationalen Führerstaats enden. Allerdings stand der verheißenen Einheitlichkeit schon der Dualismus von staatlichen Verwaltungs- und Parteiorganen entgegen, der an die Stelle überwundener Rivalitäten wie der zwischen Reich und Preußen

trat. Auch die Aufhebung der anderen Widersprüche der deutschen Geschichte kam nie zustande, der NS-Staat versank am Ende in einer anarchischen Polykratie. Vor allem aber haben die Pläne eines „germanischen Reiches deutscher Nation“ zur Auflösung des nationalen Staats beigetragen: der weiter gespannte Begriff der Rasse ermöglichte es, über die Nation hinauszugehen und eine Begründung für eine politische Elite innerhalb und außerhalb der Nation zu geben. Letztlich hat nicht die deutsche Kapitulation, sondern die nationalsozialistische Ideologie den Untergang des deutschen Nationalstaats herbeigeführt.

Trotz dieser Tatsache und trotz der allgemeinen Abwendung von der Politik war der Fortbestand eines politischen Zusammenhangs einer der wenigen nicht in Frage gestellten Grundtatbestände. Der Aufbau von lokalen und regionalen politischen Einheiten wurde als nicht endgültig angesehen, erst mit der Gründung der Bundesrepublik entstanden Probleme, auch wenn sich der neue Staat als provisorisch verstand. Denn das Staatswesen beanspruchte, für alle Deutschen zu handeln und richtete die Aufforderung an das „gesamte Deutsche Volk, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“. Auch die Verfassung der DDR sprach von Deutschland als einer „unteilbaren demokratischen Republik“. Auf beiden Seiten war also der Wille vorhanden, eine gesamtdeutsche Ordnung aufzubauen, auch wenn die Politik beider Staaten letztlich zur Stabilisierung der bestehenden Verhältnisse führte. Die Siegermächte, die bis 1945 mit dem Gedanken einer Teilung Deutschlands zur endgültigen Verhinderung einer erneuten deutschen Aggression gespielt hatten, distanzieren sich ebenfalls aus politischen und wirtschaftlichen Gründen von diesem Plan. Die ideologische Konkurrenz führte schließlich doch zur deutschen Zweistaatlichkeit.

Der Begriff der deutschen Nation, die im Verlauf der deutschen Geschichte immer an irgendeine Form der nationalen Gesamtordnung geknüpft war, hatte sich von dieser Verbindung gelöst: es existierte eine Nation, die aus dem Nationalstaat herkam, aber ohne Nationalstaat war. Man könnte davon sprechen, daß sich innerhalb der deutschen Nation zwei politische „Nationalitäten“ gebildet hatten, die allerdings noch in verschiedener Weise von der Gemeinsamkeit ihres Ursprungs ausgingen. Erst mit der deutschen Wiedervereinigung von 1990 wurde erneut ein einheitlicher deutscher Nationalstaat geschaffen.

5 Nationskonzepte im 19. Jahrhundert

Die Geschichtsschreibung wurde im 19. Jahrhundert allmählich zur modernen Wissenschaft, blieb aber bis heute zum großen Teil nationsgebunden. Neben der nationalpatriotischen Funktion der Intelligenz (und der Geschichtsschreiber) entwickelte sich seit 1850 parallel zum Imperialismus der organisierte Nationalismus, der das Projekt der politischen Moderne ablehnte und ein alternatives Modell konkurrierender Nationen vertrat. Damit gab es innerhalb der Intelligenz drei Gruppen: die traditionell nationalpatriotisch-demokratische, die nationalistische und die kleine sozialistische Gruppe. Nach der Katastrophe des 2. Weltkriegs war der Nationalismus diskreditiert und der Sozialismus wurde als große Alternative begriffen. Seit den 70er Jahren allerdings verlor auch diese

Richtung an Einfluß, mit der Bildungsexpansion und den neuen Einflußmöglichkeiten durch das Fernsehen veränderte sich der Charakter der Intelligenz.

Im 19. Jahrhundert gab es zwei große Alternativen zum Nationskonzept als Grundkategorie:

- die liberaldemokratische Richtung, die einen völkerverbindenden Patriotismus vertrat und der die Menschenrechte wichtiger waren als die Nationszugehörigkeit des Einzelnen. In der Rheinkrise von 1840 gab der linke Hegel-Schüler Arnold Ruge gemeinsam mit Karl Marx 1843 die „Deutsch-Französischen Jahrbücher“ heraus, in der der Patriotismus (= Nationalismus) als Gegenstück zum Humanismus bezeichnet wird. Die Frage nach dem Menschen unabhängig von seiner Nationalität wurde später von Karl Marx übernommen. Vertreter dieser Richtung waren vor allem bürgerliche Oppositionelle gegen die Feudalherrschaft.
- die Richtung der sozialistischen Arbeiterbewegung nach Karl Marx, der im Kommunistischen Manifest betonte, die Arbeiter hätten kein Vaterland. Allerdings schrieb er in derselben Passage, die Arbeiter müssten sich als Nation konstituieren. Er erkannte, daß die Ökonomie nicht mehr national beschränkt war (Weltmarkt).

Beide propagierten die Überschreitung der nationalen Grenzen. Während sich jedoch die bürgerlichen Intellektuellen nach der gescheiterten Revolution von 1848 in die nationale Isolierung und Konkurrenz begaben, gelang es der Arbeiterbewegung (nach einem gescheiterten ersten Versuch von Marx 1864) 1889 einer Internationale Arbeiter Association (IAA) zu gründen und übernational zu kooperieren. Die Arbeiterrevolution war laut Lenin nur international möglich.

Neben den beiden politischen Alternativen der bürgerlichen und der Arbeiterbewegung gab es den Pazifismus, der 1850 auf einem Europäischen Friedenskongress initiiert wurde.

Eine Theorie des Internationalismus setzt einen einheitlichen übernationalen Entwicklungsstand voraus, der im 19. Jahrhundert in Amerika und Europa durchaus gegeben war. Die gemeinsame Kultur fungierte als übergreifendes Band. Die Gegner des nationalstaatlichen Konzepts kritisierten vor allem die innenpolitische Intention einer gemeinsamen Nation, die politisch noch nicht existierte und die feindliche Abgrenzung zu den Nachbarstaaten, die der internationalen Kooperation entgegenstand. Trotzdem negierten sie das Nationskonzept nicht, sondern setzten es in relativierter Form (d.h. nicht als obersten Wert) voraus.

Der englische Historiker Eric Hobsbaum, ein Marxist, bezeichnete es als die große Leistung der kommunistischen Regime, den Nationalismus und den Völkerhaß in ihrem Machtbereich verhindert zu haben. Nationen sind für ihn nur ethnische Gebilde, ein sehr problematischer Standpunkt.

Andere Marxisten bemühten sich, den Nationsgedanken in die sozialistische Theorie einzubauen. August Bebel galt der Volksstaat als das Ziel der Revolution, auch Eduard Bernstein kritisierte die Ablehnung der Nation im Arbeiterkampf. Vor allem die österreichischen Sozialisten und Sozialdemokraten empfanden die Nation als wichtigen Faktor. Otto Bauer schrieb 1907, die Nation sei

neben den Klassen ein historisches Faktum, eine „Schicksalsgemeinschaft“. Nur die Arbeiterbewegung könne die Nation verwirklichen, weil die Bourgeoisie Arbeiter und Frauen ausklammere.

6 Beginn der Nationsforschung

Die Nations- und Nationalismusforschung setzte erst im 19. Jahrhundert ein. Der Grund dafür könnte das Auftreten der neuen Form des organisierten Nationalismus sein, der eine Politik mit ausgrenzender Ideologie vertrat (auch innerhalb der eigenen Nation, z.B. gegen Juden). Der Nationsbegriff war plötzlich wieder umstritten, ethnische Kriterien wurden erneut benutzt.

Auf dem Gebiet der Nationsforschung haben sich einige Wissenschaftler besonders profiliert, die verschiedene typologische Ansätze vertreten:

Friedrich Meinecke (Deutschland, geb. 1861) schrieb 1907 in „Weltbürgertum und Nationalstaat“ über die deutsche Nation und die Entstehung des deutschen Nationalstaats. Er vertrat die Ansicht, man müsse Geschichte analysieren, statt sie zu erzählen. Seine Typologie der Nationen gliedert sich in

- Nationen, die sich in bestehenden Staaten ausbilden (England, Frankreich), sog. Staatsnationen
- Nationen, die sich auf der Grundlage von gemeinsamer Sprache und Kultur entwickeln (Deutschland, Italien). Dieser zweite Typ wird nach der Gründung eines Nationalstaats ebenfalls zur Staatsnation.

Goethe vertrat den Begriff einer Kulturnation, basierend auf universeller Kultur und Literatur, Bismarck stand dagegen für die Staatsnation auf der Grundlage des Militärs und der preußischen Herrschaft. Für Goethe und andere war der Universalismus etwas Konstitutives, er empfand es als „un-deutsch, nur deutsch zu sein“.

Meineckes Typologie war ein erster wichtiger Schritt zur Theoriebildung. Die Kulturnation war für ihn nur eine Übergangsform zur Staatsnation, weil Deutschland und alle anderen Nationen sich schließlich staatlich organisiert hatten. Die deutsche Sprachgemeinschaft war allerdings nie in einem Staat oder einer Nation vereinigt, daher paßt die Verbindung von gemeinsamer Kultur (Sprache) und Nation nicht.

Ernest Renan (Frankreich, Orientaloge) hielt 1882 eine Vorlesung mit dem Titel „Qu'est-ce que le nation“ über die Entstehung des Nationalismus. Die Verwechslung von biologistischen Kriterien (Rasse) und Nation habe zur Entwicklung von Rassismus und Antisemitismus geführt, weil die vorhandenen Definitionen von Nation nicht adäquat seien. Er schlug vor, die Nation als eine große Solidargemeinschaft zu betrachten, die aus der Übereinkunft zum gemeinsamen Leben bestehe. Über ihren Fortbestand werde ein „tägliches Plebiszit“ abgehalten, Nationen seien nicht ewig und der Kulturgemeinschaft (z.B. Europa) untergeordnet.

Carlton Hayes (Amerika) befand sich an der Columbia University, NY, in einer Außenseiterposition: als Katholik und von sozialgeschichtlichen Ansätzen geprägter Wissenschaftler war ihm aber gerade dadurch ein distanzierter Blick auf das von Nationalismus geprägte Europa möglich. Sein Lehrer Robinson hatte bereits Ideen- und Sozialgeschichte zur intellectual history kombiniert. 1926 wandte er seine Theorien in „Nationalism“ auf Europa an und bezeichnete den Nationalismus als neues Massenverhalten, geprägt von Intoleranz und Militarismus. 1931 entwarf er in „Historical Evolution of Modern Nationalism“ eine Typologie, in der er zwischen ursprünglichen (auf Menschenrechte und Demokratie ausgerichteten) und integralem (reaktionären, militaristischen und aggressiven) Nationalismus unterschied. Seine fünf Unterformen waren humanistischer, jakobinischer, traditionaler, liberaler und integraler Nationalismus. Der Bolschewismus war für Hayes schon eine Form des Nationalismus.

Hans Kohn (Tschechoslowakei / USA) emigrierte in den 30er Jahren in die USA und lernte bei Hayes. Sein umfangreiches Werk beschäftigt sich mit den meisten europäischen Nationen sehr eingehend. Sein wichtigstes Buch „The Idea of Nationalism“ erschien 1945. Er war ideengeschichtlich orientiert und betrieb eine rückwärts-gewandte Nationsgeschichte. Das Phänomen des Nationalismus unterteilt er in eine westliche (Frankreich) und eine östliche (Deutschland) Variante. Diese Festlegung einzelner Nationen auf eine bestimmte Verhaltensweise ist ein Rückschritt gegenüber Hayes' offener Typologie.

Theodor Schieder (Deutschland) beschrieb 1966 in „Typologien und Erscheinungen des Nationalstaats in Europa“ die Entstehung der europäischen Nationalstaaten in drei Versionen:

- vormoderne Nationalstaaten (Frankreich, Niederlande), die erst durch nationale Revolutionen zu modernen Nationalstaaten wurden
- durch unitarische Bewegungen entstandene Nationalstaaten (Deutschland, Italien)
- durch nationalistische Bewegungen und Abspaltung in größeren Staaten entstandene Nationalstaaten (baltische Staaten, Finnland)

Miroslav Hroch (Tschechoslowakei) behandelt den Aspekt der nationalen Bewegung und setzt ein chronologisches Modell in vier Phasen an, die sich in Bezug zu den fundamentalen Entwicklungsdaten der modernen Gesellschaft setzen lassen:

- die integriert-demokratische
- die verspätete
- die aufständische
- und die desintegrative Bewegung

Die Grenzen der Typologie liegen in der fehlenden genauen Analyse der Struktur und Entwicklung einzelner Staaten. Eine Unterscheidung zwischen politischer und kultureller Nation, wie sie von einigen Historikern gemacht wird, ist unzulässig, weil Nation ein politischer Begriff ist. Mehrere Kriterien sind außerdem ideologisch geprägt: westlich - östlich, rational - irrational usw. Die Ethnisierung von Nationen und ihre dauerhafte Festlegung auf einen Typus (wie bei Kohn) ist besonders problematisch.

Frühformen des Nationalismus können bereits in der frühen Neuzeit belegt werden. Dieser Nationalismus ist geprägt durch kriegerische Auseinandersetzungen und damit verbundene Propaganda gegen die feindliche Nation und politische Ideologie, die zur Solidarisierung führen sollte.

Der Nationalismus im engeren Sinn - als Gefühl der Überlegenheit über andere Nationen - beginnt erst Ende des 19. Jahrhunderts mit dem Imperialismus. Durch die Aufspaltung der männlichen Honoratiorengesellschaft durch die Frauen- und Arbeiterbewegung entwickelte sich eine industrielle Massengesellschaft, in der soziale Unterschiede weniger identitätsstiftend waren als nationale Abgrenzung. Der Imperialismus beendete die Beschränkung der Politik auf Europa und führte zur Entwicklung des Rassismus gegenüber den Bewohnern der Kolonien. Zu diesem Zeitpunkt waren Europa und Amerika bereits nationalstaatlich organisiert. Mit dem Bruch des internationalen Systems 1856 auf der Krim-Konferenz begannen der sozialdarwinistische Kampf der Nationen und der organisierte Nationalismus.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Nationalismus in Europa begann erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Amerika (s.o. Carlton Hayes und Hans Kohn). „Nationalismus“ bezeichnete für Hayes und in seiner Nachfolge im wissenschaftlichen Sprachgebrauch in Amerika auch das Nationalgefühl (z.B. wurde auch bei Herder Nationalismus gesehen). Karl Deutsch, ein Prager Emigrant, veröffentlichte 1956 „Nationalism and Social Communication“ und vertrat darin einen unpolitischen, soziologischen Nationalismusbegriff. Eugen Lemberg übernahm diesen umfassenden Begriff in seinem Buch „Nationalismus“, während sein Freund Theodor Schieder noch vor diesem Begriff warnte und ihn zu *wholistisch* nannte.

Als politische Selbstbezeichnung wurde „Nationalismus“ zunächst in Frankreich und Italien, später auch in Deutschland (durch Mitscherlich, 1915) übernommen. Erst in den 20er Jahren galt er als politischer Bekenntnisbegriff: Ernst Jünger verstand ihn positiv als neue politische Bewegung. Seit 1945 wird er nur noch zur Abgrenzung verwandt. Daraus ergibt sich eine Kluft zwischen wissenschaftlicher und politischer Verwendung des Begriffes.